Heinrich Grell Wein-Restaurant mit Zahngasse 2 feinster Küche.
Weingroßhandlung Nr. 329. Seite 2. Sonnabend, 27. Novbr. 1897

aus dem Saal entfernt. Einzelne Abgeordnete der Linken stoßen die Wache mit Gewalt zurück. Diese begiebt sich darauf auf ihre Plätze zurück. Stürmische Pfuirufe der Linken begleiten die ganze Scene, auf der Rechten ertönt Beifall. Der Präsident erscheint wieder auf der Tribüne, von stürmischen Pfuirufen empfangen. Es wird „Abzug!“ gerufen und mit Pultdeckeln geschlagen. Der Präsident will dann unter furchtbarem Lärm den Auftrag zur Entfernung der Wache ertheilen. Abg. Daszynski ruft: Sie alter Verbrecher! Abg. Berner: Hochverräther! Nach 10 Minuten erscheint der Präsident, welcher den Saal wieder verlassen hatte, neuerdings in demselben, während der Lärm und das Schlagen mit den Pultdeckeln fortdauert. Der Präsident ertheilt den Auftrag zur Entfernung der Wache und erklärt unter großem Lärm der Linken: „Ich übergebe Ihnen meine Person. Ich bitte, meine Person nicht zu schonen. Es handelt sich nicht um meine Person, sondern um den Sitz, den ich die Ehre habe, als Präsident in diesem Hause einzunehmen.“ Die Wache entfernt sich. Der Präsident ertheilt das Wort dem Abg. Grafen Stürgkh. Andauernder Lärm und Pfuirufe. Der Präsident schließt sogleich den Abg. Daszynski für drei Sitzungen aus. Da derselbe Widerstand leistet, wird er von der Wache hinausgeführt. Die Abgg. Schönerer, Joseph Steiner, Resel, Rieger, Kozuklewitsch, Schrammel, Zeller, Engl, Verkauft, Dybes und Berner werden unter andauerndem Tumult für drei Sitzungen ausgeschlossen. Die nächste Sitzung findet morgen statt. — Wie im Abgeordnetenhause verlautet, haben die deutschen oppositionellen Klubs heute früh beschlossen, gegen das ungesetzliche Zustandekommen der neuen Geschäftsordnung zu protestiren und eine darauf bezügliche Erklärung abzugeben, im Uebrigen sich aber vollständig ruhig zu verhalten. Die Sozialdemokraten beschlossen, diese Politik zu durchkreuzen, und so sind denn auch die heutigen Skandalscenen von diesen hauptsächlich hervorgerufen worden. Die Schönerer-Gruppe scheint von dem Beschluß der Klubs nicht in Kenntniß gesetzt zu sein und sich deshalb dem Verhalten der Sozialdemokraten angeschlossen zu haben. — Heute Nachmittag kam es zu einem Zusammenstoße zwischen einem größeren Trupp Studenten und der Polizeimannschaft. 4 Studenten wurden verhaftet.

Amstetten. Kaiser Franz Joseph ist zum Besuch des Erzherzogs und der Erzherzogin Franz Salvator hier eingetroffen.

Kopenhagen. Das Landsthing nahm die Regierungsvorlage betr. Aufnahme einer neuen 3prozentigen Staatsanleihe und Konversion der Anleihe vom Jahre 1886 definitiv einstimmig an.

Petersburg. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Meldung, wonach in Rußland Instrukteure für Abessinien angeworben würden, wird dementirt.

Petersburg. In der Nähe von Odessa stieß ein Postzug mit einem Güterzug zusammen. 6 Personen blieben sofort todt. Die Zahl der Verwundeten ist bedeutend.

Die heutige **Berliner Börse** verkehrte im Ganzen in fester Haltung, freilich waren die Umsätze, wie an den Vortagen, recht unbedeutend; für eine ganze Reihe von Werthen waren überhaupt keine Kurse zu erfahren. Der Markt war fast ausschließlich mit der Ultimoregulirung beschäftigt. Der heute veröffentlichte Reichsbankausweis zeigte eine wesentliche Erleichterung des Standes der Bank. Die Baarmittel haben zugenommen, auf der anderen Seite weist das Anlagekonto eine bemerkenswerthe Erleichterung auf. Im weiteren Verlaufe schwankten die Kurse leicht, schließlich sind die Veränderungen gegen gestern nur unbedeutend. Am Bankaktienmarkte hielten sich die meisten Werthe auf gestrigem Niveau, einigermaßen beachtet waren Deutsche Bank. Kommanditantheile und Kreditaktien, die angeboten waren auf die Skandalscenen im österreichischen Abgeordnetenhause. Eisenbahnen sehr still, nur schweizerische Werthe etwas umgesetzt. Montanaktien sehr still. Kohlen- wie Hüttenwerthe eher angeboten und schwach behauptet. Renten geschäftslos, Kurse behauptet. Heimische Fonds ohne Geschäft. Ultimogeld 4¾ bis 5 Prozent. Privatdiskont 4¼ Prozent. — Ein offizieller Verkehr in Getreide und Mühlenfabrikaten fand nicht statt. Loco-Spiritus war heute in Reaktion auf die feste Haltung an den Vortagen in schwacher Haltung, die Kauflust hielt sich zurück, die Preise mußten um 40 Pfennige nachgeben. 70er 38 Mark, 50er 57,40 Mark. Die Haltung für **Getreide** war am Frühmarkte, wie im Mittagsverkehr sehr schwach; der Konsum scheint sich vorläufig gedeckt zu haben, nur für Futtergetreide, für Hafer und Mais, machte sich lebhaftere Nachfrage geltend. Weizen büßte etwa eine halbe Mark ein, Roggen behielt den gestrigen Preis, Hafer recht fest. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 180, Roggen 146, Hafer 152; in Stettin-Stadt: Weizen 175 bis 183, Roggen 133 bis 137, Hafer 136 bis 142 Mark. — Wetter: klar, Frost, Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 298,50. Disconto 198,50. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden 70¾. Laurahütte 174,20. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Still.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 103,80. Italiener 95,27. Spanier 61½. Portugiesen 20,70. Türken 22,12. Türkenloose 113,50. Ottomanbank 589,00. Suezcanal 738,00. Lombarden —,—. Träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per November 20,85, per Januar-April 20,70, fein. Spiritus per November 45,00, per Mai-August 42,75, matt. Rüböl per November 59,25, Mai-August 58,00, ruhig.

Amsterdam. Produktenbericht. Weizen per Novbr. 230, per März 225, per Mai —. Roggen per März 132, per Mai 130, per Juli 129.

London. Produkten-Bericht. Englisches Weizen wenig angeboten. Uebrige Artikel fest aber ruhig. Schwimmender Weizen fremd, weicher ¼ Sh. höher. — Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** nahm heute Vormittag im Residenzschloß die Vorträge der Herren Staatsminister und Hofdepartementschefs entgegen und kehrte später in die Villa Strehlen zurück.

— Se. Majestät der **König** beglückwünschte Herrn Oberst a. D. von **Metzradt** in Niederlößnitz gestern zur Feier des Tages, an welchem derselbe vor 70 Jahren in die Königl. Sächs. Armee eintrat, telegraphisch.

— Ihre Majestät die Königin empfing gestern Nachmittag ½2 Uhr in Villa Strehlen Ihre Durchlaucht die Frau Prinzessin Theresia von Thurn und Taxis und sodann um 2 Uhr Se. Königl. Hoheit den Landgraf von Hessen.

— Ihre Königl. Hoheit die **Prinzessin Mathilde** besuchte vorgestern Nachmittag den Wäscheverkauf des Hilfsvereins.

— Die silberne Lebensrettungsmedaille ist dem Spielwarenfabrikanten **Zergiebel** in Olbernhau verliehen worden. Dem Buchhalter **Schilde** in Großenhain ward für die von ihm am 4. Juni bewirkte Errettung eines Mannes vom Tode des Ertrinkens in der Röder bei Großenhain dieselbe Auszeichnung zu Theil.

— Dem Feuermann 1. Klasse **Rudloff** in Löbau, welcher demnächst nach 24jähriger Eisenbahndienstzeit in den Ruhestand tritt, wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Gestern früh 8 Uhr fuhren in einem gestellten Extrazug die Mitglieder beider Kammern unter Führung der Herren Minister v. **Metzsch** und v. **Watzdorf** in die vom Hochwasser geschädigten Gegenden. Auch der Herr Kriegsminister v. d. **Planitz** und viele der Herren Räthe des Ministeriums des Innern, des Finanzministeriums und der Generaldirektion der Staatsbahnen betheiligten sich hierbei. In Deuben wurde der Zug verlassen und die Strecke bis Hainsberg zu Fuß zurückgelegt. Hierbei hatte man noch Gelegenheit, die argen Verwüstungen, welche das Hochwasser angerichtet hatte, zu beobachten, wenngleich auch schon Massen von Schutt und Geröll wieder aus dem Weißeritzbett entfernt waren. Von Hainsberg ging die Fahrt mit der Sekundärbahn bis nach Kipsdorf. Unterwegs wurde mehrfach ausgestiegen und die am meisten geschädigten Theile des Weißeritzthales besichtigt. Große Anerkennung herrschte allgemein darüber, daß die Wiederherstellungsarbeiten, insbesondere bei Schmiedeberg, weit vorwärts geschritten waren. In Kipsdorf, wo man ½12 Uhr eintraf, vereinigte sich die über 100 Personen zählende Gesellschaft zu einem Frühstück, das Herr Minister v. Metzsch persönlich den Theilnehmern angeboten hatte. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich an der Fahrt betheiligten, ließen es sich hierbei wohlschmecken. Nachmittags ½3 Uhr traf der Extrazug wieder in Dresden ein.

— Die Ergänzungswahl zum **Stadtverordnetenkollegium** bot gestern das gewohnte Bild. Vor den 17 Wahllokalen bez. in den Hausfluren zu denselben hatten die Zettelvertheiler Aufstellung genommen, doch wurden Wahlzettel nur in geringer Zahl begehrt, da die Wähler bereits mit ihren „Vorschlägen“ in der Tasche an die Urne traten. An allen Wahllokalen wurden Zettel vertheilt vom Konservativen Verein, dem Hausbesitzerverein, Miethbewohnerverein, den Bezirksvereinen, Bürgervereinen und den Reformern. Die Sozialdemokraten haben sich als Partei der Theilnahme an der Wahl diesmal enthalten; sie waren offenbar alle Kräfte für die Reichstagswahlen; für sie ist jede Einmengung in diese Wahlen aussichtslos. Im Ganzen waren 14,967 Dresdner Bürger wahlberechtigt. Die Gesammtwahl leitete in umsichtigster Weise Herr Bürgermeister Leupold, das amtliche Resultat wird erst Anfang nächster Woche bekannt gegeben. Nach 12 Uhr erreichte der Andrang zu den einzelnen Wahllokalen, in denen die Herren Wahlvorsteher mit ihren Gehilfen die Wähler empfingen, ihren Höhepunkt. Die Wahlbetheiligung war eine größere als in den Vorjahren. Einer der ersten Wähler, der seinen Zettel abgab, war wiederum Se. Königl. Hoheit Prinz Georg. — Nach vorläufiger Zusammenstellung erhielten Stimmen und sind als **gewählt** zu betrachten von **Ansässigen**: Dr. Vogel 8722, Prof. Dr. Lehmann 7648, Fabrikant Göbdt 7325, Kaufmann Uhlemann 7197, Kaufmann Leutemann 6982, Baumeister Hartwig 6830, Hoflieferant Mühlberg 6805, Kaufmann Jünger 6065, Geh. Hofrath Ackermann 5990, Fleischermeister Müller 5882, Direktor Müller-Gelineck 5638, Fabrikant Kändler 5546. Außerdem erhielten von Ansässigen Stimmen: Privatus Wiedner 5519, Kommerzienrath Bierling 4838, Glasermeister Hoffrichter 4604, Drechslermeister Sentner 3837, Fleischermeister Matthes 209 und Zimmermeister Hübner 2033. Von **Unansässigen** erhielten Stimmen und sind als gewählt zu betrachten: Bürgerschullehrer Steinert 8769, Oberamtsrichter Schmalz 8684, Rechtsanwalt Dr. Uibrig 8541, Dr. med. Pollack 8294, Rechtsanwalt Dr. Häckel 7589, Buchdruckereibesitzer Füllborn 7823, Maurermeister Rühle 7137, Privatus Göhre 7112, Rechtsanwalt Müller v. Berneck 7110, Tapezierermeister Mehnert 7089, Schänkwirth Scheide 6811, Privatus Herbsch 6384, Kaufmann Borack 6108. Ferner erhielten von Unansässigen Stimmen: Professor Dr. Johne 4914, Kaufmann Albanus 3866, Direktor Buße 3298, Kaufmann Lauckner 2562. — Nach diesem vorläufigen Ergebniß sind die Herren Geh. Hofrath **Ackermann** und Baumeister **Hartwig**, deren Kandidaturen hart umstritten schienen, **wiedergewählt**. Ueberraschen wird dies Niemand, obgleich die Stimmenzahl des Herrn Geh. Hofrath Ackermann gegen die hohen Ziffern, welche er in früheren Wahlen erreicht hat, relativ merklich zurücksteht. Unterlegen ist Herr Kommerzienrath Rud. Bierling; aber hieraus wird Niemand zu folgern wagen, daß er nicht mindestens ein so tüchtiger und gewissenhafter Vertreter der Bürgerschaft wiederum geworden wäre wie Andere, die mehr Stimmen erhalten haben als er. Die Verhältnisse, denen Herr Bierling unterlegen ist, wurden bereits vor einigen Tagen erörtert.

— In der vorgestrigen **Stadtverordnetensitzung** wurden des Weiteren eine Reihe Bewilligungen für Einlegung von Gas- und Wasserrohre in verschiedene Straßentrakte ausgesprochen. Dem bereits mitgetheilten Antrag Hartwig I auf abgeänderte Herstellung der Stübel-Allee trat Vicevorsteher Dr. Stöckel entgegen. Die Villen lägen 10 Meter von der Straße entfernt, so daß ihre Bewohner kaum mehr unter dem Wagenlärm leiden würden, wie die Anwohner vieler Straßen der inneren Stadt. Auch wäre es angenehm, die Straßenbahn direkt vor dem Grundstücke zu haben. Eine weitere Schwierigkeit bestehe darin, daß die Straßenbahn im ersten Theile der Stübel-Allee schon auf der linken Seite eingelegt sei. St.-V. Emmrich giebt seiner Verwunderung Ausdruck, daß Herr Hartwig das, was er früher gutgeheißen habe, heute anders wolle. Herr Hartwig erwidert darauf, sein Vorredner sei im Irrthum, da man im Verwaltungsausschusse erst die Straße schmäler und einen Schmuckplatz für die Ausstellung gewollt habe, damit aber nicht den Beifall des Herrn Oberbürgermeisters fand, der erklärt habe, die Königl. Polizei werde ihre Genehmigung dazu nicht ertheilen. Dies sei allerdings manchmal nicht so ernst zu nehmen, weil die Polizei manchmal später anderer Meinung würde. Er wolle seine Aenderung nur auf den noch auszubauenden Theil der Straße angewandt wissen. Der Verkehr könnte dann einfach einmal über die Straße weg auf die andere Seite geleitet werden. Für solche Gängelwege seien wir in Dresden schon durch das Vorbild auf der Pragerstraße erzogen. Herr Oberbürgermeister Beutler bemerkt, der Rath sei gewöhnt, daß die Königl. Polizei bei solchen Anlässen mit ihm amtlich in's Vernehmen trete und habe daan keinen Anlaß anzunehmen, daß die Erklärungen der Polizei nicht voller Ernst seien und einer Wandlung unterliegen könnten. Schließlich wurde einstimmig die plangemäße Anlage der Stübel-Allee beschlossen und der Hartwig'sche Antrag mit 32 gegen 22 Stimmen abgelehnt. — Man bewilligte dann noch 6500 Mark zur Herausgabe eines 3. Bandes der Sammlung Dresdner Ortsgesetze, beschloß die Annahme der von Frau verw. Schmidt dem Frauenhospitale vermachten 1000 Mark und der von Frau verw. Sell dem Stadtkrankenhause ausgesetzten 1500 Mark, sowie die Ablehnung des Gesuchs von Verwandten der Frau verw. Lederer um Ueberlassung eines Theils der der Stadt zugefallenen Lehrer'schen Erbschaft. Die Angelegenheit über Erhöhung der Beiträge zur Dienstboten-Krankenkasse wurde auf Wunsch des Berichterstatters abgesetzt. — Als letzter Punkt kam der ursprünglich erste Punkt, der Antrag des St.-V. Hartwig I, an die Reihe, welcher dahin ging, in Erwägung, daß das Gutachten der Sachverständigen vom 18. November d. J. (betreffend das Land in der Dresdner Heide) dem vorberathenden Ausschusse nicht vorgelegen hat; daß es unmöglich war, dieses Gutachten nach dem bloßen mündlichen Vortrage des Herrn Oberbürgermeisters in seiner Tragweite gebührend zu würdigen, daß es aber nach diesem Gutachten nunmehr außer allem Zweifel steht, daß der Fiskus die in Frage begangenen 530 Hektar Heideland niemals mit Wohnhäusern oder Gewerbsanlagen bebauen lassen könnte, und daß es hiernach unnöthig erscheint, das Unbebautbleiben jener 530 Hektar noch mit einem Opfer von 2,4 Millionen Mark zu erkaufen, — zu beschließen, den Rath zu ersuchen, dieses Gutachten unverweilt zur Kenntniß des Königl. Finanzministeriums zu bringen und auf Grund dieses Gutachtens beim Königl. Finanzministerium die Herabsetzung des für das Heidedreieck vereinbarten Kaufpreises von 1,6 Millionen Mark dergestalt zu erstreben, daß es der Stadt zu einem Kaufpreise überlassen wird, wie er für gewöhnliches Waldland angemessen ist. Herr Baumeister Hartwig führte zur Begründung dieses Antrags aus, Kollegium habe die Rathsvorlage unter dem Eindruck des neuen Gutachtens bewilligt. (Vicevorsteher Dr. Stöckel: J, Gott bewahre!) Dann wäre auch die Nothwendigkeit beseitigt, um die Bebauung der Heide zu vermeiden, ein Opfer von 1,600,000 Mk. zu bringen. Als Waldboden wären die 116 Hektar nur 116,000 Mk. werth. Er bege zum Finanzministerium das gute Vertrauen, daß es sich nunmehr gern bewegen lasse, diesen Waldboden zu Parkzwecken für einen billigen Preis herzugeben. Auf jeden Fall würde die Annahme des Antrags, wenn sie nichts nützt, auch nichts schaden. (Widerspruch). Die Debatte eröffnete St.-V. Götte. Herr Hartwig bereite dem Kollegium neuerdings in jeder Sitzung eine Ueberraschung. In voriger Sitzung sei er plötzlich zu der Einsicht gekommen, daß der Fiskus eigentlich sehr billig verkauft habe, heute wolle er eine Preisermäßigung erwirken. Die Anträge des Herrn Hartwig hagelten in letzter Zeit förmlich auf das Kollegium hernieder, und es komme ihm vor, als wären sie mit Absicht vor den Wahlen gebracht. Bei dem jetzigen Antrag scheine er das Bedürfniß zu haben, die Scharte wieder auszuwetzen, die er seinem Ansehen in voriger Woche geschlagen habe, indem er nicht eine einzige Stimme für seine Meinung fand. Er könne sich nicht denken, daß Herr Hartwig selbst an seinen Erfolg glaube, derselbe scheine nur den Zweck zu verfolgen, sich zu rehabilitiren, nachdem er sich etwas stark verhauen hatte. (Heiterkeit.) Das Kollegium habe keine Ursache, den getrübten Schild des Herrn Hartwig putzen zu helfen, aber es laufe Gefahr, sich — er wolle nicht sagen: unsterblich —, doch eminent lächerlich zu machen, wenn es den Antrag annehme. (Zustimmung.) Schließlich sei das Kollegium nicht dazu da, dem Herrn Hartwig immer wieder als dekorativer Hintergrund zu dienen, der seine Person einzig und allein, ohne die es nach seiner Meinung überhaupt nicht mehr fortgehe, in Glorie und in Brillantfeuer abhebe. Durch ein nochmaliges Felschen gebe man nur der Regierung die Möglichkeit in die Hand, von dem ganzen Handel zurückzutreten, und man könnte sogar vermuthen, daß dies der verschleierte Zweck des Antrags sei. (Der Herr Vorsteher rügte die Aeußerung, der Antrag sei in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen eingebracht worden.) Hierauf erklärte Herr Oberbürgermeister Beutler, seiner Meinung nach könne eine nochmalige Diskussion über diese Angelegenheit die Interessen der Stadt nur schädigen. Er wolle daher blos feststellen, daß das beiprochene Gutachten durchaus nichts Neues brächte, und daß das Areal durchaus nicht als Bauland angekauft worden sei, denn das Ministerium habe nur mit Rücksicht auf die geplante Verwendung zu einem Volkspark den Preis so niedrig gestellt. Vicevorsteher Dr. Osterloh erklärte, wenn das Kollegium vor seinen Beschlüssen so wenig Achtung haben wollte, daß es sie binnen acht Tagen wieder umstoße, so könne man gar nicht verlangen, daß irgend Jemand noch Respekt vor den Stadtverordneten habe. St.-V. Conrad stellte sich dem Antrag Hartwig sympathischer gegenüber. Da ein solches Gutachten vorliege, so habe die Stadt schon den § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vor sich, um die Bebauung auszuschließen. St.-V. Emmrich hat Herrn Hartwig in freundlichen Worten um Zurücknahme seines Antrags, da er ja doch nichts helfen würde. St.-V. Hartwig I wies dieses Ansinnen kurz zurück und erklärte dem St.-V. Götte gegenüber, der über seine Ueberraschung nicht hinauskommen könne über den vermeintlichen Gesinnungswechsel, früher habe ihm das Areal als Bauland gegolten und als Bauland sei es billig gewesen. Durch das Gutachten der Professoren sei es nur noch gemeines Waldland und als solches sei es zu theuer. Die Empfindlichkeit des Herrn Götte müsse krampfhaft gesteigert sein, wenn derselbe behaupte, seine (des Redners Anträge) hagelten nur so. Um die Zeit der Aequinoktial-Stürme der Waldbewegung ergreife es Herrn Götte allemal, irgend Jemandem vorzuwerfen, er halte Wahlreden. Seine Person stehe wohl noch rein genug da, daß er sich nicht zu rehabilitiren brauche. (Herr Geh. Hofrath Ackermann verweist den Redner darauf, er habe nicht geglaubt, daß mit diesem Ausdruck seine Ehre angegriffen werden solle.) Die Geschäftsordnung habe eine besondere Bestimmung über den Fall, daß einmal gefaßte Beschlüsse wieder aufgehoben werden können. Die Geschäftsordnung, die älter sei wie Herr Hofrath Dr. Osterloh, sei also anderen Sinnes. So wie sich auch einmal ein Arzt in seiner Diagnose vergreifen könne, könne auch das Kollegium seine Meinung korrigiren. Herr Oberbürgermeister Beutler bringt die einschlägigen Paragraphen des alten und des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Verlesung, um damit zu beweisen, daß daraus durchaus nicht klar hervorgehe, daß der Fiskus nunmehr die Heide nicht bebauen dürfe. Herr Rechtsanwalt Conrad bekämpft diese Ansicht, Herr Rechtsanwalt Dr. Wilisch schließt sich derselben an. Auch Herr Rechtsanwalt Dr. Häckel hält den Antrag Hartwig für aussichtslos, und St.-V. Dr. Vogel meint, Herr Hartwig habe damit den geeigneten Zeitpunkt versäumt und hätte ihn schon vor acht Tagen bringen sollen. St.-V. Götte bemerkt noch, Herr Hartwig hätte sich die an Wuth grenzende Erregung, welche aus seiner Antwort herauskochte, bis zum nächsten Jahre sparen können. Da könne er ebensogut für seine (des Redners) Nichtwiederwahl sorgen, wie er das bei Anderen gethan habe. Nach dem Schlußwort des Antragstellers erfolgte die Ablehnung seines Antrags mit 44 gegen 17 Stimmen und der Schluß der Sitzung.

— Morgen sind in den **Kirchen** im Anschluß an die Fürbitte für Kaiser und Reich hinter den Worten: „Segne Kaiser und Reich“ noch die Worte: „Insbesondere auch die Arbeiten des im Laufe dieser Woche zusammentretenden **Reichstags**“ in das von den Kanzeln der Kirchen des Landes zu verlesende allgemeine Kirchengebet einzuschalten.

— Unerwartet schnell ist vorgestern durch einen Schlaganfall der Königl. niederländische Konsul Herr **Gustav Kinder** seiner Familie und seiner außerordentlich regen Thätigkeit entrissen worden. Die Beisetzung findet morgen Mittag 1 Uhr vom Trauerhause (Kaitzerstraße 11) aus statt.

— Gestern Vormittag in der 12. Stunde und Nachmittags in der 5. Stunde rückten Löschzüge der Feuerwehr zu einem Kellerbrand nach **Weintraubenstraße** 23 und zu einem in dem Grundstück **Blochmannstraße** 3 im 2. Stockwerk entstandenen Stubenbrand aus. Der durch den ersteren Brand, veranlaßt durch ein weggeworfenes noch brennendes Streichhölzchen, entstandene Schaden war nur geringfügig, wohingegen durch den anderen Brand ziemlich bedeutender Schaden an Mobilien sowohl als auch an Gebäudetheilen verursacht worden war. Die Entstehungsursache des letzteren ist auf das Zunahebringen einer brennenden Lampe an die Fenster-Gardinen zurückzuführen. Beide Brände konnten in kurzer Zeit unterdrückt werden.

— Tagesordnung der **Zweiten Kammer**, Montag, den 29. November, Mittags 12 Uhr. 1. Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern in den Landtagsausschuß zu Verwaltung der Staatsschulden. 2. Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern in den ständischen Ausschuß für das Plenum der Brandversicherungskammer. 3. Allgemeine Vorberathung über den Antrag des Abgeordneten Hauffe und Genossen, die Aufhebung der gemischten Transitläger und der Zollkredite für Getreide, sowie die Ausfuhrvergütung für Mühlenprodukte betreffend.

Fortsetzung des Lokalen siehe Seite 4 und 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser ist gestern früh 8 Uhr mittelst Sonderzugs nach der Göhrde abgereist.

Der Kaiser wird am 1. Dezember ds. J. als Jagdgast des Amtsraths v. Dietze-Barby an der von Letzterem veranstalteten Hasenjagd theilnehmen.

Gegen das lippesche Thronfolgegesetz hat auch das Haupt der Linie Lippe-Weißenfeld, Graf Ferdinand, Einspruch erhoben. Die Gründe sind einstweilen noch unbekannt.

Die preußische Generalsynode beschäftigte sich abermals mit der mitgetheilten Protesterklärung gegen die Worte des Papstes anläßlich der Canisius-Feier. Das Synodalmitglied Conze beantragte, das Ersuchen an den Evangelischen Oberkirchenrath zu richten, die Verlesung der einstimmig beschlossenen Resolution Holtzheuer von den Kanzeln der Landeskirche anordnen zu wollen. Der Antragsteller verwies auf das Wort des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, daß seine Worte im Gustav-Adolf-Verein den Zweck gehabt hätten, die Mattherzigen und Gleichgültigen aufzurütteln. Es würde von ungeheurem Werthe sein, wenn es gelänge, den Beschluß der Generalsynode in die Herzen und die Gemüther der Gemeinde zu bringen. Der werthvollste Theil jener Resolution sei nicht die Zurückweisung der Schmähungen, die von Rom ausgehen, sondern der Aufruf an die Evangelischen, das Evangelium laut und rein zu bekennen. Eine solche Aufrichtung der Gewissen sei Aufgabe der Kanzel. Wir befänden uns noch mitten in der Gegenreformation und hätten Alles aufzubieten, um den reformatorischen Geist in den Gemeinden zu stärken und unser deutsches Volk allein auf der Höhe zu erhalten, auf die es Gottes Güte geführt habe. — Der Antrag Conze wurde hierauf einstimmig angenommen.

Die „Kons. Korr.“ schreibt: „Für die einmüthige Zurückweisung der päpstlichen Schmähungen Luther's und seines Reformationswerkes verdient die Generalsynode den innigen Dank aller evangelischen Christen. Der erhebende Verlauf der würdevollen und energischen Kundgebungen wird seinen Eindruck auf die ultramontanen Friedensstörer gewiß nicht verfehlen. Es ist dadurch ein für allemal festgestellt, daß die Evangelischen in ihrer Langmuth und Duldung nicht soweit zu gehen gewillt sind, päpstliche Anmaßungen und Schmähungen stillschweigend hinzunehmen, sondern daß sie den richtigen Ton zu finden wissen, um das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in seine Schranken zurückzuweisen.“

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts von Thielmann hatte am Dienstag Vertreter großer Bankhäuser zu einer Konferenz geladen, die über den Giro- und Checkverkehr verhandelte. Herr von Thielmann sprach den Wunsch aus, die großen Bankhäuser und Bankinstitute möchten ihre Kundschaft durch Rundschreiben ersuchen, durch Ausdruck auf den Briefbogen und Rechnungen ihr Bankkonto namhaft zu machen, damit Jedermann wisse, an welchen Stellen etwaige Zahlungen im Bankverkehr erfolgen könnten. Der Reichsschatzsekretär verspricht sich von dieser Neuerung eine Erleichterung des Giro- und Checkverkehrs, dessen Einführung er namentlich für den Handwerkerstand und die kleinen Gewerbetreibenden für wünschenswerth hält. Die Vertreter der Bankhäuser und Bankinstitute haben zugesagt, den ihnen geäußerten Wunsch in Erwägung zu ziehen.

Ein parlamentarischer Berichterstatter will erfahren haben, daß die Reformprojekte des Staatssekretärs des Reichspostamts bei der Kompliziertheit der einschlägigen Verhältnisse noch keinen abschließenden Charakter angenommen haben. Namentlich sei noch gar nicht zu übersehen, wie hoch der Einnahmeausfall sich gestalten werde. Der Bundesrath und andere offizielle Faktoren würden daher vorläufig noch nicht Stellung nehmen. Das Staatsministerium habe sich weder jüngst damit beschäftigt, noch werde es diese Fragen überhaupt (?) zu begutachten haben.

Namens des Centralraths der deutschen Gewerkvereine haben der Verbandsanwalt Dr. M. Hirsch und der Vorsitzende des Centralraths R. Mauch eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, mit dem Ersuchen, auch Arbeiter und insbesondere Vertreter der Arbeitervereine als Beirath für die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen heranziehen zu wollen.

Der Pariser „Temps“ bespricht die Rede des Grafen Goluchowski und bezeichnet als den wichtigsten Punkt der Rede die Ausführung über die Beziehungen Oesterreichs zu Rußland, namentlich die Verkündung des zwischen Rußland und Oesterreich bestehenden Einvernehmens bezüglich aller Fragen der Orientpolitik. Dieses Einvernehmen sei an sich zwar bekannt gewesen, indessen sei die amtliche Verkündung bemerkenswerth. Der Dreibund habe dadurch einen harten Stoß erlitten, wenn man auch in Berlin Oesterreich offen keinen Vorwurf wegen seiner Annäherung an Rußland machen werde. Das Zustandekommen des österreichisch-russischen Einvernehmens sei unter der Hegemonie Deutschlands zur Zeit des Fürsten Bismarck nicht möglich gewesen. Die „Hamb.